

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Kuhrke Webdesign

Inhaber: Muhammad-Zobeyr Kuhrke

Geckweg 4, 59494 Soest

Wichtiger Hinweis

Diese AGB wurden als professionelle Vertragsvorlage für Webdesign- und digitale Dienstleistungen erstellt. Sie ersetzen keine individuelle Rechtsberatung. Vor dem produktiven Einsatz - insbesondere bei Verbrauchergeschäften, laufenden Hosting-/Wartungsverträgen oder besonderen Leistungsmodellen - ist eine anwaltliche Prüfung empfehlenswert.

Rechtsstand: 23.08.2026

§ 1 Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen

1. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen ("AGB") gelten für alle Verträge zwischen Kuhrke Webdesign, Inhaber Muhammad-Zobeyr Kuhrke, Geckweg 4, 59494 Soest (nachfolgend "Auftragnehmer") und seinen Kunden (nachfolgend "Kunde") über Webdesign, Webentwicklung, technische Umsetzung, Wartung, Pflege, Hosting-nahe Leistungen, Suchmaschinenoptimierung, digitale Beratung und sonstige vereinbarte digitale Dienstleistungen.
2. Gegenüber Unternehmern im Sinne des § 14 BGB gelten diese AGB auch für zukünftige Geschäftsbeziehungen, ohne dass erneut auf sie hingewiesen werden muss. Abweichende Geschäftsbedingungen des Kunden gelten nur, wenn der Auftragnehmer ihrer Geltung ausdrücklich in Textform zugestimmt hat.
3. Verbraucher im Sinne des § 13 BGB sind natürliche Personen, die ein Rechtsgeschäft überwiegend zu Zwecken abschließen, die weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können. Zwingende gesetzliche Verbraucherschutzvorschriften bleiben unberührt.
4. Individuelle Vereinbarungen, Leistungsbeschreibungen, Angebote und ausdrücklich vereinbarte Vertragsbestandteile gehen diesen AGB im Konfliktfall vor.

§ 2 Angebot, Vertragsschluss und Leistungsumfang

1. Angebote des Auftragnehmers sind, sofern sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden, freibleibend. Ein Vertrag kommt insbesondere durch Annahme eines Angebots, schriftliche oder elektronische Auftragsbestätigung oder durch Beginn der Leistungserbringung nach entsprechender Vereinbarung zustande.
2. Maßgeblich für Art und Umfang der Leistungen ist die individuelle Leistungsbeschreibung bzw. das Angebot. Nicht ausdrücklich vereinbarte Leistungen - insbesondere Texterstellung, Fotografie, rechtliche Prüfung, Datenschutzberatung, Barrierefreiheitsprüfung, laufende SEO-Erfolge, Lizenzkosten, Hosting-, Domain- oder Drittanbieterkosten - sind nicht geschuldet.
3. Soweit ein konkreter Erfolg geschuldet ist, kann die Leistung werkvertraglichen Charakter haben; reine Beratungs-, Pflege-, Support- oder fortlaufende Tätigkeiten können dienstvertraglichen Charakter haben. Die rechtliche Einordnung richtet sich nach dem tatsächlich vereinbarten Leistungsinhalt.
4. Technische Darstellungen, Mock-ups, Skizzen und Entwürfe dienen der Abstimmung. Abweichungen, die die vereinbarte Funktion oder den vereinbarten Gesamteindruck nicht wesentlich beeinträchtigen, bleiben zulässig.

§ 3 Mitwirkungspflichten des Kunden

1. Der Kunde stellt alle für die Leistung erforderlichen Inhalte, Daten, Zugangsdaten, Freigaben und Informationen rechtzeitig, vollständig und in verwertbarer Form zur Verfügung. Hierzu können insbesondere Texte, Logos, Bilder, Videos, Markenrichtlinien, DNS-/Domainzugänge, Hostingzugänge, API-Schlüssel und Ansprechpartner gehören.
2. Der Kunde versichert, dass von ihm bereitgestellte Inhalte und Materialien rechtmäßig verwendet werden dürfen und keine Rechte Dritter verletzen. Er ist für die inhaltliche Richtigkeit, rechtliche Zulässigkeit und notwendige Rechtklärung seiner Inhalte verantwortlich.
3. Verzögerungen, die auf verspäteter oder unvollständiger Mitwirkung des Kunden beruhen, verlängern vereinbarte Ausführungsfristen angemessen. Hierdurch entstehender nachweisbarer Mehraufwand kann nach der vereinbarten Vergütung, hilfsweise nach üblichem Zeitaufwand, zusätzlich berechnet werden.
4. Der Kunde hat Zwischenergebnisse und zur Freigabe vorgelegte Inhalte innerhalb angemessener Frist zu prüfen und Rückmeldungen gebündelt zu erteilen.

§ 4 Projektablauf, Termine und Verzögerungen

1. Termine und Fristen sind nur verbindlich, wenn sie ausdrücklich als verbindlich vereinbart wurden. Projektpläne und voraussichtliche Fertigstellungstermine sind grundsätzlich Planungswerte.
2. Höhere Gewalt und sonstige unvorhersehbare, vom Auftragnehmer nicht zu vertretende Ereignisse - etwa erhebliche Ausfälle von Infrastruktur oder Drittanbietern, behördliche Maßnahmen, Arbeitskämpfe oder vergleichbare Ereignisse - verlängern Leistungsfristen für die Dauer der Störung zuzüglich einer angemessenen Wiederanlaufzeit.
3. Erkennt der Auftragnehmer, dass ein verbindlicher Termin voraussichtlich nicht eingehalten werden kann, informiert er den Kunden angemessen und benennt, soweit möglich, einen neuen realistischen Termin.

§ 5 Änderungswünsche und Zusatzleistungen

1. Änderungs- oder Erweiterungswünsche des Kunden nach Vertragsschluss ("Change Requests") werden hinsichtlich Machbarkeit, Auswirkungen auf Termine und zusätzlicher Vergütung geprüft.
2. Soweit ein Änderungswunsch über den vereinbarten Leistungsumfang hinausgeht, besteht ohne gesonderte Vereinbarung kein Anspruch auf Umsetzung. Der Auftragnehmer darf die Umsetzung von einer ergänzenden Beauftragung abhängig machen.
3. Bereits erbrachte Leistungen bleiben auch dann vergütungspflichtig, wenn der Kunde nachträglich andere Gestaltungs- oder Funktionswünsche äußert, sofern kein Mangel der bisherigen Leistung vorliegt.

§ 6 Vergütung, Abschläge und Zahlungsbedingungen

1. Es gilt die im Angebot oder Vertrag vereinbarte Vergütung. Preise verstehen sich, soweit nicht anders ausgewiesen, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, sofern diese anfällt.
2. Der Auftragnehmer kann bei projektbezogenen Leistungen angemessene Abschlagszahlungen entsprechend dem Projektfortschritt vereinbaren oder verlangen, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Eine im Angebot vereinbarte Anzahlung ist mit Vertragsschluss fällig.
3. Rechnungen sind, sofern nicht abweichend vereinbart, innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang ohne Abzug zahlbar.
4. Bei Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer ist bei erheblichen Zahlungsrückständen nach vorheriger Ankündigung berechtigt, weitere Leistungen bis zur Zahlung zurückzuhalten, soweit dies unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen angemessen ist.

5. Wiederkehrende Fremdkosten, etwa für Hosting, Domains, Plugins, Lizenzen, SaaS-Dienste oder externe APIs, werden nur übernommen, wenn dies vereinbart ist. Preisänderungen externer Anbieter können an den Kunden weitergegeben werden, soweit der Vertrag dies vorsieht und gesetzlich zulässig ist.

§ 7 Abnahme bei werkvertraglichen Leistungen

1. Soweit eine abnahmefähige Werkleistung geschuldet ist, teilt der Auftragnehmer dem Kunden die Fertigstellung mit und fordert ihn zur Prüfung und Abnahme auf.
2. Der Kunde darf die Abnahme nur wegen wesentlicher Mängel verweigern. Unwesentliche Mängel hindern die Abnahme nicht; sie werden im Rahmen der gesetzlichen oder vereinbarten Mängelrechte bearbeitet.
3. Für Verbraucher gelten uneingeschränkt die gesetzlichen Vorschriften zur Abnahme. Gegenüber Unternehmern kann der Auftragnehmer eine angemessene Frist zur Abnahme setzen; gesetzliche Regelungen zur Abnahmefiktion bleiben unberührt.
4. Die produktive Nutzung einer fertiggestellten Leistung kann als Indiz für eine Abnahme gewertet werden, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall vorliegen.

§ 8 Nutzungsrechte und Herausgabe von Arbeitsdateien

1. Nach vollständiger Zahlung der vereinbarten Vergütung erhält der Kunde die für den Vertragszweck erforderlichen Nutzungsrechte an den vom Auftragnehmer individuell geschaffenen Arbeitsergebnissen, soweit diese urheberrechtlich geschützt sind und keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde.
2. Umfang, räumliche Reichweite, Dauer und Übertragbarkeit der Nutzungsrechte richten sich nach dem Vertragszweck. Ausschließliche, übertragbare oder umfassende Rechte werden nur eingeräumt, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist.
3. Rechte an vorbestehenden Tools, Frameworks, Bibliotheken, generischen Modulen, Templates, Know-how, internen Hilfsmitteln und wiederverwendbaren Code-Bestandteilen verbleiben beim jeweiligen Rechteinhaber. Der Kunde erhält hieran nur die zur vertragsgemäßen Nutzung erforderlichen Rechte.
4. Open-Source-Software und Inhalte Dritter unterliegen den jeweiligen Lizenzbedingungen. Diese gehen hinsichtlich der betreffenden Komponenten vor.
5. Ein Anspruch auf Herausgabe offener Design-, Projekt-, Build-, Entwicklungs- oder Quelldateien besteht nur, soweit dies ausdrücklich vereinbart oder für die eingeräumte vertragsgemäße Nutzung erforderlich ist.

§ 9 Domains, Hosting, Drittanbieter und technische Abhängigkeiten

1. Domains, Hosting, E-Mail-Dienste, CDN, Zahlungsdienste, Analyse-, Consent-, Font-, Karten-, Social-Media-, KI-, API- oder sonstige Drittanbieterdienste können von eigenständigen Anbietern erbracht werden. Deren Verfügbarkeit, Bedingungen und Preisgestaltung liegen außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs des Auftragnehmers.
2. Soweit der Auftragnehmer Drittleistungen im Namen oder auf Rechnung des Kunden vermittelt oder technisch integriert, gelten ergänzend die Bedingungen des jeweiligen Drittanbieters. Der Auftragnehmer schuldet grundsätzlich nicht die dauerhafte unveränderte Verfügbarkeit externer Dienste.
3. Der Kunde ist für die rechtzeitige Verlängerung von Domains, Lizenzen und externen Verträgen verantwortlich, sofern der Auftragnehmer nicht ausdrücklich deren laufende Verwaltung übernommen hat.
4. Änderungen von Browsern, Betriebssystemen, Suchmaschinen, Schnittstellen oder Drittanbietersystemen nach Abnahme begründen für sich genommen keinen Mangel der

ursprünglich vertragsgemäßen Leistung.

§ 10 Wartung, Pflege, Support und Sicherheitsupdates

1. Laufende Wartung, Monitoring, Backups, Sicherheitsupdates, Content-Pflege, Fehlerbehebung nach späteren Systemänderungen und Support sind nur geschuldet, wenn hierfür ein gesonderter Vertrag oder Leistungsumfang vereinbart wurde.
2. Bei Wartungs- oder Pflegeverträgen können technisch notwendige Wartungsfenster und kurzfristige Einschränkungen auftreten. Der Auftragnehmer wird planbare Maßnahmen angemessen berücksichtigen und Beeinträchtigungen möglichst gering halten.
3. Der Kunde bleibt für eigene Zugangsdaten, Nutzerkonten und die sichere Verwahrung ihm übergebener Administrationszugänge verantwortlich.

§ 11 Mängelrechte

1. Für Mängel gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend wirksam nichts Abweichendes geregelt ist.
2. Ein Mangel liegt insbesondere nicht allein deshalb vor, weil der Kunde nachträglich eine andere Gestaltung bevorzugt, sich Anforderungen geändert haben oder ein Drittanbieter seine Systeme oder Schnittstellen verändert.
3. Der Kunde soll festgestellte Mängel möglichst konkret und nachvollziehbar beschreiben. Unternehmer haben erkennbare Mängel nach Möglichkeit zeitnah mitzuteilen; zwingende gesetzliche Prüf- und Rügepflichten, soweit einschlägig, bleiben unberührt.
4. Dem Auftragnehmer ist zunächst Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu geben, soweit nicht gesetzlich etwas anderes gilt oder Nacherfüllung unzumutbar ist.

§ 12 Haftung

1. Der Auftragnehmer haftet unbeschränkt bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie in Fällen zwingender gesetzlicher Haftung, insbesondere nach dem Produkthaftungsgesetz.
2. Bei einfacher Fahrlässigkeit haftet der Auftragnehmer nur bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf. In diesem Fall ist die Haftung auf den vertragstypischen, bei Vertragsschluss vorhersehbaren Schaden begrenzt.
3. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zugunsten von gesetzlichen Vertretern, Mitarbeitern und Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.
4. Eine weitergehende Haftung ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Zwingende Verbraucherrechte bleiben unberührt.
5. Für Datenverluste, die bei ordnungsgemäßer und dem Kunden zumutbarer Datensicherung vermeidbar gewesen wären, ist die Haftung - soweit gesetzlich zulässig - auf den typischen Wiederherstellungsaufwand beschränkt.

§ 13 Rechtliche Verantwortung für Inhalte und Compliance

1. Sofern nicht ausdrücklich als gesonderte Leistung vereinbart, erbringt der Auftragnehmer keine Rechts- oder Steuerberatung. Insbesondere sind Impressum, Datenschutzerklärung, Cookie-/Consent-Konfiguration, branchenspezifische Pflichtinformationen, Preisangaben, Wettbewerbsrecht, Barrierefreiheitsanforderungen und urheber-/markenrechtliche Prüfungen vom Kunden rechtlich zu prüfen bzw. prüfen zu lassen.
2. Technische Umsetzungsvorschläge des Auftragnehmers stellen keine Garantie für eine bestimmte rechtliche Bewertung durch Behörden, Gerichte oder Aufsichtsstellen dar.

3. Der Auftragnehmer wird erkennbare technische Vorgaben aus vom Kunden bereitgestellten Rechtstexten oder Anweisungen im vereinbarten Umfang umsetzen.

§ 14 Datenschutz und Auftragsverarbeitung

1. Die Parteien beachten die jeweils anwendbaren datenschutzrechtlichen Vorschriften. Soweit der Auftragnehmer personenbezogene Daten im Auftrag des Kunden verarbeitet und die Voraussetzungen des Art. 28 DSGVO vorliegen, schließen die Parteien vor Beginn der entsprechenden Verarbeitung eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung.

2. Der Kunde ist für die Rechtmäßigkeit der von ihm veranlassten Verarbeitungsvorgänge sowie für erforderliche Informationspflichten und Rechtsgrundlagen verantwortlich, soweit nicht der Auftragnehmer selbst Verantwortlicher im datenschutzrechtlichen Sinne ist.

3. Zugangsdaten und sonstige vertrauliche Informationen werden nur im zur Vertragserfüllung erforderlichen Umfang verarbeitet und sind von beiden Parteien angemessen zu schützen.

§ 15 Referenznennung

1. Eine öffentliche Verwendung von Name, Logo oder Projekt des Kunden als Referenz erfolgt nur, soweit der Kunde hierzu eingewilligt hat oder sich die Berechtigung aus einer gesonderten Vereinbarung ergibt.

2. Eine erteilte Einwilligung kann für die Zukunft widerrufen werden, soweit keine abweichenden vertraglichen Rechte bestehen.

§ 16 Vertragslaufzeit und Kündigung bei Dauerschuldverhältnissen

1. Für laufende Hosting-, Wartungs-, Pflege- oder Supportleistungen gelten die individuell vereinbarten Laufzeiten und Kündigungsfristen.

2. Fehlt eine besondere Vereinbarung, gelten die gesetzlichen Kündigungsregeln. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

3. Nach Vertragsende unterstützt der Auftragnehmer den Kunden auf Wunsch bei einer geordneten Übergabe im vereinbarten oder gesondert vergüteten Umfang. Gesetzliche Herausgabe- und Mitwirkungspflichten bleiben unberührt.

§ 17 Widerrufsrecht für Verbraucher

1. Verbrauchern kann bei Fernabsatzverträgen oder außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen ein gesetzliches Widerrufsrecht zustehen. Die Widerrufsfrist beträgt grundsätzlich 14 Tage ab Vertragsschluss, soweit keine besondere gesetzliche Regelung eingreift.

2. Soll der Auftragnehmer auf ausdrücklichen Wunsch des Verbrauchers bereits vor Ablauf der Widerrufsfrist mit einer Dienstleistung beginnen, gelten die gesetzlichen Bestimmungen zu Wertersatz und zum möglichen Erlöschen des Widerrufsrechts nach vollständiger Leistungserbringung.

3. Eine Widerrufsbelehrung und ein Muster-Widerrufsformular werden Verbrauchern, soweit gesetzlich erforderlich, gesondert zur Verfügung gestellt. Die gesetzlichen Verbraucherrechte werden durch diese AGB nicht eingeschränkt.

§ 18 Verbraucherstreitbeilegung

1. Soweit die Informationspflichten des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes (VSBG) anwendbar sind, informiert der Auftragnehmer Verbraucher über seine Bereitschaft oder Verpflichtung zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren in der gesetzlich vorgesehenen Form.

2. **Vor Verwendung bitte festlegen:** Der Auftragnehmer [ist / ist nicht] bereit und [ist / ist nicht] verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen. Diese Angabe ist vor Veröffentlichung an die tatsächliche Unternehmenssituation anzupassen.

§ 19 Schlussbestimmungen

1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Gegenüber Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur, soweit ihnen dadurch nicht der Schutz zwingender Bestimmungen des Staates ihres gewöhnlichen Aufenthalts entzogen wird.
2. Ist der Kunde Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist - soweit gesetzlich zulässig - der Geschäftssitz des Auftragnehmers Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis. Zwingende gesetzliche Gerichtsstände bleiben unberührt.
3. Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. An die Stelle unwirksamer Regelungen treten die gesetzlichen Vorschriften.
4. Änderungen und Ergänzungen individueller Vereinbarungen sollen aus Beweisgründen in Textform dokumentiert werden. Individuelle Abreden bleiben hiervon unberührt.

Anlage: Muster-Widerrufsbelehrung für Verbraucher

Nur verwenden, soweit für den konkreten Vertrag ein gesetzliches Widerrufsrecht besteht. Kontaktdaten vor Veröffentlichung vervollständigen.

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses.

Ausübung des Widerrufs

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns - Kuhrke Webdesign, Inhaber Muhammad-Zobeyr Kuhrke, Geckweg 4, 59494 Soest, E-Mail: **[E-Mail-Adresse ergänzen]** - mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das nachstehende Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Fristwahrung

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf bei uns eingegangen ist. Für die Rückzahlung verwenden wir grundsätzlich dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.

Beginn der Dienstleistung vor Ablauf der Widerrufsfrist

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistung während der Widerrufsfrist beginnen soll, kann bei einem Widerruf ein angemessener Betrag für die bis zum Widerruf bereits erbrachte Leistung zu zahlen sein, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Bei vollständiger Erbringung einer Dienstleistung kann das Widerrufsrecht unter den gesetzlichen Voraussetzungen erlöschen, wenn der Verbraucher zuvor ausdrücklich zugestimmt und seine Kenntnis vom möglichen Erlöschen bestätigt hat.

Muster-Widerrufsformular

An: Kuhrke Webdesign, Inhaber Muhammad-Zobeyr Kuhrke, Geckweg 4, 59494 Soest, E-Mail: **[E-Mail-Adresse ergänzen]**

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung:

Bestellt am (*) / Vertrag geschlossen am (*): _____

Name des/der Verbraucher(s): _____

Anschrift des/der Verbraucher(s): _____

Datum: _____ Unterschrift (nur bei Mitteilung auf Papier): _____

(*) Unzutreffendes streichen.

Hinweise vor Veröffentlichung

Diese Seite gehört zur redaktionellen Arbeitsfassung und sollte vor Veröffentlichung abgearbeitet werden.

Prüfpunkte vor Veröffentlichung

1. E-Mail-Adresse ergänzen. 2. Umsatzsteuer-/Kleinunternehmerstatus und Preisangaben prüfen. 3. § 18 VSBG auf tatsächliche Teilnahmebereitschaft und Beschäftigtenzahl anpassen. 4. Individuelle Zahlungs-, Projekt-, Hosting- und Kündigungsmodelle abgleichen. 5. Verbraucher-Widerrufsprozess technisch korrekt umsetzen (einschließlich ausdrücklicher Erklärung bei Leistungsbeginn vor Fristablauf).

Rechtsgrundlagen - Auswahl

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), insbesondere §§ 13, 14, 305 ff., 312 ff., 355 ff. sowie bei werkvertraglichen Leistungen §§ 631 ff. BGB.

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), insbesondere Art. 28 bei Auftragsverarbeitung.

Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG), insbesondere §§ 36 und 37, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Digitale-Dienste-Gesetz (DDG), insbesondere die allgemeinen Informationspflichten für geschäftsmäßige digitale Dienste; Pflichtangaben gehören regelmäßig in das Impressum und nicht allein in die AGB.

Zwingende gesetzliche Vorschriften und individuelle Vereinbarungen gehen entgegenstehenden AGB-Regelungen vor.

Dokumentstatus: Arbeitsfassung für Kuhrke Webdesign. Vor Veröffentlichung sind insbesondere Kontaktdaten, Geschäftsmodell, Verbraucher-/B2B-Ausrichtung, Steuerstatus, eingesetzte Drittanbieter sowie konkrete Hosting-, Wartungs- und Kündigungsmodelle abzugleichen.